

109. Keller.
An d...
Kommiss...
Hauk...
Telephon 67.
nachts 6797.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Dauřickova nám. 32.
Bollschetaul 57544.
Inferate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 24. April 1923.

Nr. 94.

Krieg gegen Kinder.

Ein paar tausend proletarische Kinder aus dem Ruhrgebiet sollen zur Erholung in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei Aufnahme finden, zu einem Teile ist dies bereits geschehen. Darüber können sich die tschechischen Nationalisten und ihre Presse nicht beruhigen. Als die Absicht auftauchte, daß auch die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei an dem Hilfswerke für die hungernden Kinder aus dem Ruhrgebiet teilnehme, ergriff die Presse der tschechischen Nationaldemokraten eine große Aufregung und sie verlangte von der Regierung, daß sie das Unerhörte mit allen Mitteln verhindere: kein Kind aus der „feindlichen deutschen Republik“ dürfe in die Tschechoslowakei hereingelassen werden, dies umso weniger, als die Aufnahme dieser Ruhrkinder einen Bruch der Neutralität zugunsten Deutschlands bedeuten würde. Als die Regierung doch das Unerhörte tat und zur Aufnahme von 4500 Kindern in deutsche Familien die Genehmigung erteilte, ging erst recht die Hebe los und der nationaldemokratische Abgeordnete Dr. Hain erhob in einer Prager Versammlung gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie im französisch-deutschen Konflikt ein Doppelspiel betreibe. Auch jetzt noch speien manche nationalistische Blätter Gift darüber, daß diese deutschen Kinder ein paar Wochen hindurch hier Nahrung, Pflege und Erholung finden sollen, was keinen anderen Zweck verfolge, als daß das den Tschechen feindselige Element eine Verstärkung finden soll. Von allen tschechischen Zeitungen war es allein die „Tribuna“, welche diese Rohheitscrasse der nationaldemokratischen Prekordane mit ernsten, mahnenden Worten zurechtwies, alle anderen, soweit sie nicht selber daran teilnahmen, schwiegen zu den Humanitätsausbrüchen ihrer nationaldemokratischen und nationalsozialen Genossinnen.

Um die abgrundtiefe Verworfenheit, die in der Feindseligkeit zu dem Werk der Menschlichkeit gegenüber den Ruhrkindern liegt, zu ermessen, muß man wissen, welcher Art Kinder es sind, denen die übrigens bescheidene Hilfsaktion gilt. Die wahrwichtige Politik Frankreichs gegen Deutschland, die eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bedeutet, hat über das deutsche Proletariat fürchtbares Elend gebracht und legt ihm Entbehrungen auf, die sich von jenen, welche die bittersten Kriegsjahre bei uns der Bevölkerung brachten, wenig unterscheiden. Die rasend fortschreitende Marktentwertung, der sich die Gestaltung der Löhne nicht im entferntesten anzupassen vermag, hat in hunderttausenden Arbeiterfamilien den Hunger zum täglichen Gast gemacht und, da diese die lebensnotwendigsten Nahrungsmittel nicht kaufen können, bei hunderttausenden Kindern Unterernährungserscheinungen hervorgerufen, welche für ihre körperliche Entwicklung die schwersten Gefahren bedingen. Massen von hungernden Kindern, die frühzeitig dem körperlichen Siechtum, der Rachitis, der Tuberkulose verfallen! Welches Herz krampft sich vor Mitleid und Bitterkeit bei dieser, leider nur zu wahren Vorstellung nicht zusammen! Sollen denn die Greuel, die in der Gefolgschaft des Krieges einhergeschritten, niemals ein Ende nehmen? Müßten nicht alle Nationen, die sich zivilisiert nennen, gemeinsam alles aufbieten, um dieser fürchtbaren modernen Barbarei ein rasches Ende zu bereiten? Negt sich, ihr von Christentum, Humanität und Menschlichkeit tiefenden Bürger aller Nationen, nicht euer Gewissen, wenn ihr hört, daß fast fünf Jahre nach dem Krieg im Herzen Europas hunderttausende Eltern ihre Kinder hungern und dahinsinken sehen? Beareift ihr nicht den namenlosen Schmerz dieser Eltern, das Leid dieser Kinder? Sie, mögen sie welcher Nation immer angehören, sind doch sicher unschuldig an dem Unheil und an den Verhältnissen, in die der Haß, die Habgucht und die Rachgier der Menschen die Welt gebracht haben! Bei allen aus der ärgsten Barbarei empornstiegender Völkern gilt im Kriege der Grundsatz, daß sich der Krieg nur auf die Kombattanten und nicht

An alle Eisenbahner ohne Unterschied der Kategorie.

Genossen und Kollegen!

Die gefertigten Organisationen haben beschlossen, daß der heutige 1. Mai von allen Eisenbahnern durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Damit ein einheitlicher Vorgang in der ganzen tschechoslowakischen Republik erzielt wird, hat sich ein jeder Eisenbahnbedienstete nach folgenden Winken zu richten.

Mit vollständiger und ganztägiger Arbeitsruhe manifestieren: die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bahnerhaltungs-, Werkstätten-, und Magazinendienstes, insofern sie nicht zur Dienstleistung beim Quaderlehre bestimmt sind.

Die Bediensteten des Quaderdienstes (Lokomotivführer und Lokomotivbeizer) das Quaderbegleitungspersonal, das Versuchspersonal, Weichensteller, Weichenkontrolloren, Quaderbedienten, Telegraphisten, Telephonisten, Streckenwächter, Streckenbegeher, Maschinenmeister, Oberbeizer, und Vorbeizer manifestieren, soweit sie zu dieser Zeit im Dienste stehen, mit einer zweitägigen Arbeitsruhe und zwar von 10—12 Uhr. Alle diese Bediensteten verbleiben auf ihrem Dienstposten in Bereitschaft. Der normale Bereitschaftsdienst (Quaderförderung und Verkehr) ist in Permanenz.

Alle Züge (Schnell-, Personen-, Güter- und andere Züge), welche sich um 10 Uhr in

einer Station befinden, rollen erst um 12 Uhr in ihrer vorgeschriebenen Fahrt weiter.

Alle Züge, die sich um 10 Uhr in Haltestellen oder auf der Strecke befinden, rollen in der vorgeschriebenen Fahrt bis in die nächste Station, wo sie auch in dem Maße anhalten, wenn sie laut Fahrordnung diese Station ohne Aufenthalt durchzufahren haben.

Züge, deren Abfahrt von 10 Uhr festgesetzt ist, und welche mit der normalen Fahrzeit 10 Minuten nach 10 Uhr in die nächste Station gelangen, können expediert werden.

Alle Bediensteten benützen diese Arbeitsruhe zur Information der Öffentlichkeit und der Reisenden über den Zweck der Manifestation, bzw. der zweitägigen Einstellung des Verkehrs.

Genossen und Kollegen! Diese Manifestation muß ein Bild der Einmütigkeit des geschlossenen Willens der Eisenbahnbediensteten sein. Veranlaßt daher alles, daß diese Manifestationskundgebung wenn auch nur zweitägig, auf allen Lebensabern des Staates, ruhig, würdig und warnend ausfällt.

Der Aktionsausschuß:

Verband der Eisenbahner, Unio zel. zaměstnanců, Federace Provdaců, Spolek čl. úřednicstva zel.

Repressionen gegen Ungarn.

Wegen des letzten Grenzwischenalles.

Wien, 23. April. (Eigenbericht.) Gestern wurde den Reisenden im Schnellzug Budapest—Berlin in der tschechischen Grenzstation die Weiterreise verboten. Heute teilte die tschechische Gesandtschaft in Budapest mit, daß über Beschluß des

Prager Ministerrates ungarischen Staatsbürgern die Einreise in die Tschechoslowakei solange verboten ist, bis Ungarn für den letzten Grenzwischenfall Genugtuung gegeben hat.

auf die Zivilbevölkerung zu erstrecken habe, deren Leben und Sicherheit nicht anzutasten sei. Um wieviel mehr müßte das von den Kindern gelten? Gewiß, im Weltkrieg wurden, wie alle Rechte und Gesetze, auch diese humanen Grundzüge des Völkerrechts auf allen Seiten verletzt, aber wir leben doch angeblich im Frieden! Wäre es da nicht an der Zeit, den Haß abzubauen und zu jenem Maß von Menschlichkeit zurückzukehren, wie es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist, das wenigstens die Kinder verlohnt? Keine der Kulturnationen würde zugeben, daß in ihr kein „goldenes Herz“ lebe, auch vom „Ceste srdce“ der tschechischen Nation wurde viel des Ruhmens gemacht, aber der nationale Haß hat alle diese goldenen Herzen verhärtet, wenn es um die Verletzung der Humanität gegenüber den Angehörigen anderer Nationen geht, seien es auch nur unschuldige hungernde Kinder. So beschwört denn das schärfste aller nationalistischen Blätter, die „Rozhodni Democracie“, sogar den Geist Zizkas heraus, damit er sehe, was in der Tschechoslowakei alles möglich sei: deutsche Kinder werden zu deutschen Familien zur Erholung gebracht! Welcher gute Patriot erschauert nicht ob eines solchen Verbrechens! Nichts da, für den Nationalismus sind auch sie nur gehasste „Nemčourci“!

Das ist die Gesinnung — sie ist bei den Nationalisten aller Nationen gleich! — aus der heraus der Einwand entstehen konnte, die Gewährung des Asylrechtes an die paar tausend Kinder wäre ein — Neutralitätsbruch im Streite zwischen Frankreich und Deutschland. Die tschechischen Ueberpartioten lähen es am liebsten, wenn „ihr“ herrliches Kriegsheer mit im Ruhrgebiet dabei sein könnte, damit es gleich den französischen Truppen im Kampfe gegen die unbewaffnete Bevölkerung sich Vorbeeren hole. Da dies nicht sein kann, wollen sie wenigstens an den Kindern, die mitführende

Menschen im Auslande ein paar Wochen lang vom Hunger befreien wollen, ihr Mitleid fühlen und so das ihrige dazu beitragen, um den Sieg an die ruhmvollen Fahnen des französischen Imperialismus zu heften. Je größer die Not und der Hunger der arbeitenden Bevölkerung im Ruhrgebiet sind, desto eher wird ihr Widerstand gegen den französischen Einfall gebrochen sein, so denken die Vasallen des französischen Imperialismus an der Wolldau, und wenn dabei ein paar tausend Kinder zugrunde gehen, so verfährt es diesen Gemütsmenschen mit dem goldenen Herzen gar nichts. Auf die gleiche Rechnung der Liebedienerei gegen Frankreich ist der Einwand zu schreiben, die 4500 Kinder kämen nur zu dem Zwecke in die Tschechoslowakei, um hier das deutsche Schulwesen zu stärken. Daß die Hebereien der Nationalisten auf die Regierung nicht ohne Einfluß sind, geht daraus hervor, daß sie den Ruhrkindern den Aufenthalt hier nur unter der Bedingung bewilligt hat, den Schulbesuch zu unterlassen.

Das alles ruft die Erinnerung daran wach, daß von allen Regierungen der Krieg unter der Flagge des Rechtes und der Menschlichkeit geführt wurde. Jeder der ins Feld hinauszog, wurde in den Glauben versetzt, es gehe gegen das Unrecht, die Gewalt und für die wahre Humanität. Alle Bosheit, Gemeinheit und Vertiertheit war stets nur auf Seite des Gegners. Wenn doch jene, die in Begeisterung für die ihnen vorgehaltenen Ideale fielen, sehen könnten, welche Art von Gerechtigkeit und Menschlichkeit es ist, die in Wahrheit dem Imperialismus vorgeschwebt hat! Diesem Geiste entstammt auch der Krieg gegen die hungernden Ruhrkinder, den die Imperialisten bei uns führen. „Durch Nationalität zur Bestialität!“ Wenn Grillparzer dieses bittere Wort nicht schon geschrieben hätte, es müßte für diese Art Patrioten eigens geprägt werden!

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Genossen und Genossinnen!

Der Feiertag des Weltproletariats steht vor der Tür. In schwerer, kritischer Zeit rüsten und schreiten wir heuer zum 1. Mai. Seit Jahr und Tag entbehren hunderttausende Arbeiter und Angestellte in diesem Staate

Arbeit und Brot!

eine beispiellose Wirtschaftskrise hat das grauenvolle Elend der Massenarbeitslosigkeit über das Proletariat gebracht. Nicht genug damit, bedroht und droffelt die Regierung die politische Freiheit der um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterschaft mit einem neuen Schandgesetz, dessen Bestimmungen und drakonischen Strafsätze ihresgleichen nicht haben.

Im Zeichen des Schutzgesetzes

feiern wir in diesem Jahre den 1. Mai. Aber nicht nur hierzulande haben sich zur Unterdrückung des Proletariats Hunger und Reaktion miteinander verbunden: überall erhebt die Konterrevolution ihr Haupt. Im Italien des Faschisten Mussolini so wie im Ungarn Horthy's und im Oesterreich des Pfaffen Seipel; in Jugoslawien, in Polen und Rumänien versucht man, den Widerstand der Arbeiterklasse mit rücksichtsloser Gewalt zu brechen. Und im benachbarten Deutschen Reich sind die Hakenkreuzler am Werk, die gemarterte Republik niederzukämpfen, die, von den Streichen des französischen Imperialismus schwer getroffen, am Boden liegt.

Der Gewaltakt im Ruhrgebiet

bringt, viereinhalb Jahre nach dem Weltkrieg, über ganz Europa vernichtende Wirtschaftsnot und maßloses Elend.

In dieser schweren Zeit treten die Delegierten aller sozialdemokratischen Parteien in Hamburg zu einem Weltkongreß zusammen, der die Wiedererrichtung der Internationalen zum Ziele hat. Denn eine allumfassende, geschlossene Internationale ist die erste Voraussetzung aller internationalen Aktionen, deren Arbeiter und Angestellte, Genossen und Genossinnen, zur Feier des 1. Mai, dem ja der Erlösergedanke des internationalen Sozialismus innewohnt, demonstrieren am Festtag der Proletarier aller Länder:

Für Arbeit und Brot, gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit!

Für politische Freiheit, gegen das Schutzgesetz!

Für den Frieden, gegen Imperialismus und Faschismus.

Für den Sozialismus, gegen die internationale Reaktion.

Für die Internationale des revolutionären Proletariats!

Die Maifeier ist Symbol des Kampfes und Symbol der proletarischen Solidarität und Opferbereitschaft. Im heurigen Jahre soll dieser Gedanke Ausdruck finden in der

Mai spende,

deren Einhebung der Reichsausschuß in seiner Sitzung vom 27. Feber beschlossen hat. Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Mitglieder der freien Berufe werden aufgefordert, soweit sie den 1. Mai bezahlt erhalten, das Einkommen dieses Tages der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen. Die Einkassierung der Mai spenden erfolgt durch die Lokalorganisationen.

Genossen und Genossinnen, erfüllet diese eure Ehrenpflicht proletarischer Opferbereitschaft und stärket durch die Mai spende eure Organisation für den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Freiheit und Gleichheit der arbeitenden Massen.

der Verbraucher umfassen soll, bei denen eine Gewinnabsicht ausgeschlossen ist.

Eine zusammenfassende Organisation zu einer Arbeiter- und Verbraucherkammer hält der Genossenschaftsrat für verfehlt, weil beide Gruppen so umfassende und weitgehende Aufgaben zu erfüllen haben, daß in einer gemeinsamen Zusammenfassung unbedingt die Interessen beider Gruppen leiden müßten.

In der anschließenden Debatte gab namens der Gewerkschaftskommission Abgeordneter Genosse Schäfer die Erklärung ab, daß die Gewerkschaften im Kampfe um die Trennung beider Kammer mit den Genossenschaftlichen einhellig vorgehen werden.

Die Wirtschaftskrise und die Konsumgenossenschaften

besprach Genosse Gackl-Böhmisch-Kamnitz. Er wies darauf hin, daß die Ursachen der Krise nicht nur im Weltkrieg und in den Friedensverträgen, sondern vor allem in dem System zu suchen sei, das zum Weltkriege geführt hat, dem Kapitalismus. Er macht auf die drohenden Gefahren aufmerksam, die das Wiederanstreben der Krone mit sich bringt und fürchtet, daß durch ein Ueberhandnehmen der Auswanderung die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaben erleiden wird. Eine Besserung ist solange nicht zu erwarten, als Rußland aus der europäischen Wirtschaft ausgeschlossen ist und Deutschland und Oesterreich wirtschaftlich ruiniert sind, solange die Kaufkraft Polens und Ungarns nicht wieder belebt wird. Der Referent weist auf den wahren Gegensatz hin, der zwischen den Riesengewinnen der Banken und der entsetzlichen Notlage der arbeitenden Bevölkerung dieses Staates besteht und ferner auf den großen Gegensatz, der zwischen den Bankbetrieben und der für die Gesundheit der Volkswirtschaft so bedeutenden Konsumvereine hinsichtlich der Behandlung liegt, die den beiden Organisationsformen der Staat zuteil werden läßt, der die Organisationen der Verbraucherschaft rücksichtslos und andauernd durch ein unmögliches Steuersystem niederdrückt. Doch nicht nur die Konsumgenossenschaften dieses Staates leiden unter der allgemeinen Wirtschaftskrise, sondern wir finden auch in anderen Ländern ähnliche, wenn auch nicht so drückende Verhältnisse. Ein Abbild ist in dieser Hinsicht nur zu erwarten, wenn wir, dem amerikanischen Beispiele folgend, zu den Vereinigten Staaten von Europa gelangt sein werden. Der Redner kommt dann auf den Internationalen Genossenschaftsbund zu sprechen und bedauert dessen einseitige Stellungnahme und sein Versagen in der Ruhrfrage. Wer in dieser Hinsicht die Genossenschaftsbewegung durch Jahre verfolgt, wird mit Bedauern feststellen, daß seit den zehn Jahren, die seit der Glasgower Friedensresolution verfloßen sind, manche Ideale zertrümmert wurden und von der damaligen Begeisterung heute nicht mehr viel übrig ist. „Bedrohen und dergestalt sowohl Gefahren von außen wie von innen, so müssen wir beide nicht fürchten, wenn wir uns unserer Pflichten erinnern und der Grundsätze, die seit den Tagen von Rochdale die Bewegung zur Höhe trugen. In Zweifeln und Widerwärtigkeiten fehlt dann die Ursache. Es gilt nur, das Vertrauen zu uns selber nicht zu verlieren, dann werden wir ja dennoch zum Siege kommen!“

Nach einer kurzen Debatte und dem anschließenden Schlusswort des Referenten, die die ungebrochene Begeisterung bewies, mit der die Funktionäre der Bewegung an dieser hängen, schloß Verbandsobmann Genosse Lorenz die Tagung. Ihren würdigen Ausklang fand sie im „Liede der Arbeit“, das die Delegierten stehend sangen.

Senat.

In der gestrigen Plenarsitzung des Senates wurde zunächst das Gesetz über die Unwirksamkeit der Erhöhung des Zinsfußes der Gebührenerleichterungen bei Konbession der Hypothekforderungen debattiert und genehmigt.

Zum Gesetz über die Fortpflanzung der Wirtschaftstiere, und zwar der Pferde, Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen sprach der deutschagrarische Senator Zuleger. Er erblüht in der Vorlage einen großen Fortschritt. Gerade die konsumierende Bevölkerung hat das größte Interesse daran, daß wir unsere tierischen Produkte im Inlande selbst erzeugen können. Durch den Krieg sind wir in der Viehzucht dezimiert worden. Wir sind aber auch verfolgt durch die Elementarereignisse der letzten Jahre. So sind wir zu Verhältnissen gekommen, welche die Viehzucht ruinieren. Alles, was uns heute noch fehlt, müssen wir darum so schnell als möglich ergänzen. Darum begrüßen wir auch das vorliegende Gesetz und hätten nur gewünscht, daß bei seiner Abfassung die Landeskulturräte gehört worden wären. Auf diese Weise hätten sich vielleicht manche Mängel des Gesetzes beseitigen lassen. Redner erklärt, daß er für die Vorlage stimmen wird. Nach einem Schlusswort des Berichterstatters wird das Gesetz angenommen. In einer dieser Sitzung sofort folgenden zweiten Sitzung werden die Wohnungsgesetze dem sozialpolitischen Ausschusse zugewiesen. Ferner wird noch beschlossen, dem Ansuchen um Auslieferung des Senators Blaho nicht stattzugeben, womit die Sitzung beendet ist.

Wittwoch — Bankdebatte.

Zu der gestrigen Sitzung der Klubmännnerkonferenz wurde nach der Behandlung der Tages-

Cuno und die Rede Lord Curzons.

Die Regierung gegen eine aktivere Politik. — Die rheinischen Arbeiter für eine Verständigungspolitik.

Berlin, 23. April. (Eigenbericht.) Während die Linkspresse von der Regierung verlangt, die durch die Rede des englischen Außenministers Lord Curzon geschaffene günstige Lage auszunutzen, scheint die Regierung Cuno immer noch eine langsamere Politik für besser zu halten. Sie läßt nun offiziell erklären, daß die Rede Curzons ein wichtiges Ereignis sei, fügt aber hinzu, daß noch immer das letzte deutsche Angebot an die Postkonferenz zu Recht bestehe, das man nicht wesentlich zu verändern brauche. Lediglich in der Frage der Sicherheiten könne man jetzt weitergehen. Es sieht also nicht so aus, als ob

die Regierung geneigt wäre, die Forderungen nach einer aktiveren Politik, die die Linke erhebt, zu erfüllen. Die Beratungen der Parteiführer, die in den nächsten Tagen stattfinden sollen, werden Gelegenheit geben, die Ansichten der Mehrheit zu entwickeln und sie der Politik der Rechten, der die Regierung zuneigt, gegenüberzustellen.

Eine Konferenz der rheinischen Ortsausschüsse der Gewerkschaften, die gestern in Köln tagte, sprach sich bei allem Willen zur Abwehr für eine Verständigungspolitik aus, die für beide Teile notwendig sei.

Die Reichsregierung „erwägt“ Curzons Rat.

Berlin, 22. April. (Wolff.) Wie wir hören, betrachtet die Reichsregierung die Rede Lord Curzons als eine wichtige politische Tatsache, die die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflussen könnte. Die Reichsregierung ist in Erwägung darüber eingetreten, welche Folgerungen sich hieraus ergeben.

Berlin, 23. April. (Tsch. B. B.) Das Reichskabinett wird heute zu einer Sitzung zusammentreten, um sich darüber schlüssig zu werden, ob es der Aufforderung Lord Curzons nachkommen soll. Die Entscheidung kann sich, wie wir erfahren, noch bis morgen hinziehen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man aber als sicher an, daß das Kabinett der Anregung Curzons nachkommen werde.

Auch der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich in einer Sitzung mit der Rede des englischen Außenministers befaßt und sich dahin ausgesprochen, daß ein deutsches Angebot, diesmal in offizieller Form erfolgen sollte. Der Reichsverband betrachtet ebenfalls die Rede Lord Curzons als einen Fortschritt. Nach seiner Auffassung ist die wesentliche Voraussetzung für deutsche Leistungen eine internationale Anleihe in Verbindung mit einem Moratorium. Der Reichsverband regt an, daß im Falle von Verhandlungen die Räumung des Ruhrgebietes am Tage der Unterzeichnung von deutscher Seite zur Bedingung gemacht werde und daß diese Räumung durch eine dritte Großmacht garantiert werden müsse.

Stresemann zum englischen Vorschlag.

Berlin, 23. April. Bei einer von der deutschen Volkspartei am Sonntag veranstalteten Rundgebung hielt Abg. Dr. Stresemann eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte: Die Rede Lord Curzons im englischen Oberhause schafft eine neue politische Sachlage, die von der deutschen Regierung voll gewertet wird. Wir erkennen mit Genugtuung an, daß Lord Curzon anders von Deutschland spricht, als wir es gewohnt sind, aus französischem Munde zu hören. Ueber die Frage der deutschen Reparationen wird man sich mit Deutschland verständigen können. Daß Rhein und Ruhr deutsch bleiben, davon hängt unser Leben und Sterben ab. Ueber ein Aufgeben des deutschen Rheinlandes gibt es für uns keine Verständigung. Es gibt keine Rheinlandsfrage, die den Völkern oder die Alliierten etwas angeht. Die Garantien des Versailler Vertrages, vor allem auch Englands, mögen sich dessen bewußt sein, daß sie die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß der Vertrag gegenüber Deutschland gerecht und loyal durchgeführt werde. England hat bisher innerhalb der Rheinlandskommission die Uebergriffe Frankreichs geduldet. Will Lord Curzon der ehrliche Agent zwischen Deutschland und

Frankreich sein, dann muß er von der Tatsache ausgehen, daß die deutsche Souveränität über das Rheinland die von jeder deutschen Regierung und jeder deutschen Partei als selbstverständlich erachtete Voraussetzung jeder Auseinandersetzung über die endgültige Regelung des Friedens ist, die den bisherigen Zustand der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ablehnt.

Der Plan Bonar Laws.

London, 23. April. (RN.) Im Anschluß an die letzte Rede Lord Curzons zeigt die Presse erneut Interesse für den britischen Reparationsplan, der den Alliierten im Jänner vorgelegt wurde. Obgleich Curzon angedeutet habe, nichts berechtigte zu dem Schlusse, daß der Plan, wenn er erneut vorgelegt würde, eine günstigere Aufnahme finden würde, hat er doch erklärt, daß die Regierung ihre Vorschläge nicht zurückgezogen habe. Der britische Plan hatte bekanntlich vorgesehen: 1. Verabreichung der Reparationssumme auf 2500 Millionen Pfund Sterling; 2. Einsetzung einer internationalen Körperschaft zur Reorganisation der deutschen Finanzen; 3. ein von Garantien begleitetes Moratorium von vier Jahren; 4. Beteiligung Großbritanniens an der allgemeinen Aktion zur zwangsweisen Beschlagnahme deutscher Einkünfte und Gelder und Ausdehnung des besetzten Gebietes, falls die Garantien sich als wirkungslos erweisen sollten. Als Gegenleistung für die Annahme eines solchen Planes hatte Großbritannien den Erlaß der gesamten ihm geschuldeten Kriegsdarlehen angeboten.

Arbeitslosenunruhen auch in Düsseldorf.

Düsseldorf, 21. April. (Sabas.) Zweitausend arbeitslose Arbeiter, die sich in die Schiffswerke begaben, um dort die Arbeitenden zu überreden, die Arbeit einzustellen, stießen mit einer Radfahrerabteilung der Schutzpolizei zusammen, wobei acht Personen verwundet wurden.

Neue Truppen ins Ruhrgebiet.

Brüssel, 22. April. (Sabas.) Belgien wird in den nächsten Tagen Verstärkungen in das Ruhrgebiet entsenden, so daß weitere Gruben besetzt und die Aufsicht über das Eisenbahnetz wird ausgedehnt werden können.

Der Prozeß gegen die Kruppdirektion.

Berlin, 23. April. (Eigenbericht.) Da die Klage gegen die Kruppdirektion bis jetzt noch nicht erhoben ist, dürfte der Prozeß nicht schon Donnerstag, sondern erst am 2. Mai beginnen. Da eine Dauer von drei Tagen vorgesehen ist, dürfte der Prozeß der längste der bisher von den Franzosen im besetzten Gebiet geführten werden.

Das Gesetz zum Schutz der Währung

wurde gestern im Senat eingebracht. Der Zweck dieser Vorlage ist, in erster Reihe die wirtschaftlich schädlichen Spekulationen mit fremden Werten und Edelmetallen zu verhindern und auch den anderen Manipulationen mit Zahlungsmitteln entgegenzutreten, die aus gewinnstüchtigen Motiven erfolgen. Wer ohne wirtschaftlichen Bedarf fremde Zahlungsmittel kauft, wird mit einer Strafe von sechs Monaten bis zwei Jahren belegt. Wer diese Tat mit Absicht begeht, die Währung zu schädigen, erhält ein bis fünf Jahre schweren Kerker. Außer diesen Kerkerstrafen können Geldstrafen von 1000 bis 1.000.000 Kronen einberufen. Die Regierung wird ermächtigt, im Verordnungswege den Wältenverkehr zu regeln. Wer Zahlungsmittel fälscht, kann mit einer Geldstrafe von 1000 bis 50.000 Kronen belegt werden, welche in eine Kerkerstrafe von einer Woche bis sechs Monate umgewandelt werden kann. Auch die „Störung des natürlichen Umlaufes der Zahlungsmittel“ wird unter Strafe gestellt. Die Störung des natürlichen Zahlungsmittelumlafes ist gegeben durch falsche Nachrichten, Theaurierung, Veränderung der geschäftlichen Gewohnheiten u. a. Die nach dem Gesetze Verurteilten verlieren auch das Wahlrecht und, falls sie Ausländer sind, können sie auch ausgewiesen werden. Mit der Aufsicht über die Einhaltung dieses Gesetzes sind die Organe des Finanzministeriums betraut.

Inland.

Die tschechische Sprache an Minoritäts-, eine Minoritätensprache an tschechischen Mittelschulen. Der Ministerrat hat, wie die „Prager Presse“ berichtet, einen Gesetzentwurf genehmigt, durch welchen die tschechische Sprache an allen Minoritätens- und eine Minoritätensprache an allen tschechischen Mittelschulen obligat eingeführt werden soll. Welcher Minoritätensprache an den einzelnen tschechischen Mittelschulen der Vorrang zu geben ist, behält sich das Schulministerium nach den örtlichen Verhältnissen vor, ebenso kann nur dieses in ausnahmswürdigen Fällen eine Befreiung einzelner Schüler vom Unterricht bewilligen. Soweit diese vorläufige Nachricht lautet, enthält der Gesetzentwurf ganz vernünftige Bestimmungen, auf ein Aufhören der nationalen Rivalereien in der künftigen Generation ist nur zu hoffen, wenn die verschiedennationalen Bürger desselben Staates als Konkurrenten um Arbeitsstellen einander sprachlich gleichwertig sind. Unsere Forderung freilich geht weiter. Nicht nur der selteneren Typus der Mittelschulen, sondern auch die höheren Volks- und Bürgerschulklassen sollen ihre Absolventen befähigen, die tschechische, beziehungsweise die Minderheitensprache des betreffenden Landes teils zu sprechen. Erst dann wird jene Plattform für den Wettkampf ums tägliche Brot gegeben sein, deren es bedarf, um den nationalen Reiz zum Verstummen zu bringen.

Die politische Landesverwaltung wird um Aufklärung gebeten. Die Komotauer „Volkzeitung“ veröffentlicht folgenden unerhörten Erlaß der politischen Bezirksverwaltung Raaden:

Politische Bezirksverwaltung Raaden. Nr. 5940. am 8. März 1923. An den Herrn Josef Gaugl, Gastwirt, in Raaden 122.

Im Grunde des § 44 der Generbeordnung erhalten Sie den Auftrag, binnen 14 Tagen an in Ihrem überwachten Gasthause nach außen hin und auch innerhalb Ihrer Gast- und Schanklokalitäten tschechische Anschriften, und zwar an erster Stelle anzubringen.

Ferner haben Sie der Staatsprache kundiges Personal anzustellen, für Auflage tschechischer Zeitungen zu sorgen und auch doppeltsprachige Speise- und Getränkearten, sowie Fremdenbücher zur Verfügung zu halten.

Diese Anordnung findet in gewerbepolizeilichen Rücksichten sowie darin ihre Begründung, daß in größeren Städten, in Kurorten, Sommerfrischen und in touristisch bedeutenden Gegenden die Gasthäuser nicht nur für die einheimische Bevölkerung sondern auch für fremde Gäste bestimmt sind, weshalb es nötig erscheint, daß diese Unternehmungen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, auch in sprachlicher Hinsicht den öffentlichen Interessen und den Bedürfnissen der Besucher angepaßt sein müssen.

Gegen diesen Befehl steht die binnen 14 Tagen von dem, dem Justizstellungsloge nachfolgenden Tage an gerechnet, bei der politischen Bezirksverwaltung in Raaden einzubringende Berufung an die Landesverwaltung in Prag frei.

Der Statthalterrat: unleserlich.

Es ist wohl nicht nötig, auf die einzelnen Punkte dieses Befehls des Raadener Bezirkspaschas näher einzugehen und seine famose Begründung kritisch zu beleuchten. Die politische Landesverwaltung möge aber bekanntgeben, ob dieser unleserliche Statthalterrat seinen unerhörten Was im Auftrage der Oberbehörde erlassen, oder ob er sich hier nur eine Extratur aus eigener Unverschämtheit geleistet hat. Wir wollen dies im Fall annehmen und erwarten, daß dem chauvinistischen Diktator von Raaden Jügel angelegt werden.

Die Tschechiflerikalen und die Koalition. Den Tschechiflerikalen ist der Klamm in der letzten Zeit bedeutend angeschwollen. In den „Lidové Listy“ wird nun ein Leitartikel veröffentlicht, in dem auf die angebliche Benachteiligung in der Koalition hingewiesen wird. Zum Schlusse droht das Organ des eben aus Rom zurückgekehrten Ministers Schramel mit einem energischen Auftreten seiner Partei und schreibt: „Unsere Partei verbißt sich der Koalition gegenüber stets loyal und erfüllte alle ihre Pflichten. Eben deshalb kann sie zu den verschiedenen Ereignissen in der Koalition, die sich gegen die Partei richteten, nicht mehr schweigen. Diejenigen, die das bisherige Schweigen der Partei als eine Schwäche auslegten, irren sich. Die Partei kann aber auch die verschiedenen unangenehmen und verbrecherischen Affären nicht mehr dulden, die unter dem Schutze der Koalition geschehen, und die ein schlechtes Licht auf alle Koalitionsparteien werfen. Wir verweisen nur auf die Bankrotturruption, die einen ungeheuren Schlamm aufgewirbelt hat. Und was soll man sagen zu der Durchführung der Bodenreform, zur Aufteilung der Güter, zu den Machinationen mit den beschlagnahmten Wäldern, zu der staatlichen Mißwirtschaft und zu der Unordnung im Außenministerium? Für solche Sachen kann die Partei nicht mehr die Verantwortung übernehmen und es wird Sache der Partei sein, die weiteren Schritte für die Beteiligung in dieser Regierungskoalition zu erwägen.“

Tschechische Protestversammlung gegen die Ruhrbesetzung. Am Freitag abend fand eine von der tschechischen Gewerkschaftskommission einberufene Versammlung mit der Tagesordnung „Gegen die Ruhrbesetzung“ statt. Sekretär

Taxerle wies in seinem Referate über die Situation im Ruhrgebiet auf den Standpunkt des Internationalen Gewerkschaftsbundes hin, der in der Welt endlich einmal normale Verhältnisse herbeiführen wolle. Er betonte, daß auch die Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterparteien Frankreichs mit größter Anstrengung auf die Beendigung des unglücklichen Ruhrkonfliktes hinarbeiten. Wenn die Antiradikaler Internationale im Namen der Arbeiterschaft verlangt, daß der Völkerverbund demütig die Aufrufkonflikte hinwerfen. Wenn die Antiradikaler Internationale im Namen der Arbeiterschaft verlangt, daß der Völkerverbund demütig die Aufrufkonflikte hinwerfen.

Die Gemeindevahlen in Unterlufawitz. Die aus Bissen gemeldet wird, fanden am Sonntag in Unterlufawitz (Pfeitzger Bezirk) die Gemeindevahlen statt. Es wurden 475 gültige Stimmen abgegeben. Die tschechische sozialdemokratische Partei erhielt 166 Stimmen (fünf Mandate), die republikanische Partei erhielt 105 Stimmen (drei Mandate), die tschechischen Sozialisten 25 Stimmen (ein Mandat), die Volkspartei 58 Stimmen (zwei Mandate) und die unabhängige Bürgerpartei 121 Stimmen (vier Mandate).

Zwei Gelegetwürfe. Dieser Tage wird dem Abgeordnetenhaus ein Antrag über die Bezeichnung des Warenursprunges zugehen, dessen Zweck die Durchführung der Bestimmungen der internationalen Verträge über den Warenursprung ist. Es handelt sich hauptsächlich um die Pariser Verträge, um die Madrider Konvention und die Handelsverträge mit Frankreich, Desterreich und Ungarn. Durch diese Verträge hat die Tschechoslowakei die Verpflichtung auf sich genommen, den Warenursprung zu bezeichnen, welche Verpflichtung nunmehr zum Gegenstand der inneren Gesetzgebung gemacht wird. Der Ministerrat genehmigte die Regierungsvorlage über den Unterricht der Staatsprache an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten als Pflichtgegenstand, während die Sprachen der nationalen Minderheiten nur Pflichtgegenstand in denjenigen Schulen sind, welche das Ministerium für Unterricht und Volkskultur mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse bestimmt. Dieses Gesetz soll mit Beginn des nächsten Schuljahres in Wirksamkeit treten.

Der heutige Tag im Abgeordnetenhaus. Am Dienstag den 24. April tritt das Subkomitee des verfassungsrechtlichen Ausschusses zur Behandlung des Gesetzes über die Auslegung des Paragraphen 105 der Verfassungsurkunde um 9 Uhr vormittags zusammen. Am selben Tage versammelt sich um 10 Uhr vormittags der Außenausschuss, in dem Minister Dr. Beneš eine Erklärung über den Stand der Urgarten-(Jarvorina)-frage abgeben wird. Um halb 3 Uhr tritt der Gewerbeausschuss und um 4 Uhr das Plenum in dem Saale zusammen, dessen Sitzung eine Präsidialkonferenz um halb 4 Uhr nachmittags vorangeht.

Telegramme.

Poincaré, der Aufschuldensengel.

Paris, 22. April. (Havos.) Bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in der Gemeinde Void (Depart. Meuse) hielt Ministerpräsident Poincaré heute nachmittags eine Rede, worin er sagte, Deutschland trachte heute die unmittelbaren Ursachen der Katastrophe, die es über die Welt gebracht hat, vergessen zu machen. Deutschland versucht nicht durch reuiges Verhalten, wohl aber durch Lügen die Erinnerung an die Missetaten zu vertuschen, die es im Laufe der Feindseligkeiten verübt hat. Wie lächerlich und abscheulich ließe bei solchen Erinnerungen der traurige Ruh der Berliner Regierung da, die die deutsche Bevölkerung als Opfer des französischen Militarismus hinstelle! Wir sind, sagte Poincaré (in frechstem Jesuitismus, vergißt Davas hinzuzufügen. D. Red.) in das Ruhrgebiet gegangen, um Pfländer für eine Forderung zu nehmen, von der Deutschland sich zu befreien trachtet, weit entfernt, mit feindseligen Absichten oder drohender Mene aufzutreten. Es sind die systematischen Streiks, die uns zwingen, den Operationen einen scharfen militärischen Charakter zu geben und auf Deutschland eine Reihe aufeinanderfolgender Prefsionen auszuüben, um es zur Achtung des Versailler Vertrages und zur Durchführung der eingegangenen Verpflichtungen zu zwingen. (Während sich doch sonst der Angefallene auf die Worte des Räubers „Geld oder Leben!“ alles gefallen läßt. D. Red.)

Poincaré erklärte sodann, daß das angebliche Anbot von dreißig Milliarden im Jänner d. J., auf das der deutsche Außenminister kürzlich angespielt, nachträglich erfunden worden sei. Es habe niemals existiert, und wenn man heute die Ziffer von dreißig Milliarden nenne, so geschehe dies zweifellos den deutschen Sozialisten zu Gefallen, die seit damals diese Ziffer in ihr Programm aufgenommen hätten. Aber selbst, wenn man zugibt, fuhr Poincaré fort, daß Dr. v. Rosenbergs die Wahrheit gesprochen hat (Wie das? wo es doch „erfunden“ ist?), würde daraus hervorgehen, daß Deutschland, nachdem es sich im Mai 1921 formell zu 132 Milliarden

Die Regierung und die Banktrache.

Interpellation unserer Senatoren.

Eine dringliche Interpellation der Senatoren Genossen Dr. Peller und Rieglner an den Finanzminister, betreffend die Vorgänge bei der „Bohemia“-Bank besagt:

Zeit Wochen wird die gesamte Öffentlichkeit durch den Zusammenbruch der „Bohemia“-Bank erregt, kaum nachdem die Beurlaubung wegen der Vorgänge bei der „Mährisch-Schlesischen Bank“ sich einigermassen gelegt hatte. Wegen dieser Vorgänge bei der „Bohemia“-Bank fand am 17. April 1923 eine Debatte im Abgeordnetenhaus statt, in deren Verlauf der Finanzminister eine Erklärung abgab. Aus den darauf folgenden Ausführungen des Abg. Dr. Kubicek geht hervor, daß der Herr Finanzminister zur Sache selbst nicht alles sagte, was er wissen mußte, ja, daß er das Wesentliche verschwiegen hat, wenn die Angaben des Abg. Dr. Kubicek auf Wahrheit beruhen. Der Herr Finanzminister hat nichts von der schon anfangs 1921 vorgenommenen Revision und ihrem Resultat einer Unterbilanz von 10 Millionen Kronen, gesagt. Er hat nichts davon gesagt, daß dieses Resultat wohl dem damaligen Präsidenten der Bank, Dr. Scheiner, mitgeteilt wurde, daß aber weder der Verwaltungsrat noch die Öffentlichkeit etwas davon erfuhr, in welcher schlechter Situation diese Bank sich befand. Der damalige Finanzminister hat dem damaligen Präsidenten der Bank die Gelegenheit gegeben, schleunigst seinen Posten zu verlassen, hat aber auch den neuen Präsidenten in keiner Weise von dem Ergebnis der Revision verständigt.

Weiters hat der damalige Finanzminister einige Sparpläne von dem schlechten Stand der Bank unterrichtet und sie dazu veranlaßt, ihre Einlagen zu beheben. Er hat also den Versuch gemacht, einseitig einige Sparpläne vor den anderen zu bevorzugen, während er es ruhig zuließ, daß auch weiterhin einzelne Personen bei der schon passiven Bank Einlagen machten. Nicht genug daran, wurde trotz den schlechten Resultaten der Revision der Bank eine Erhöhung des Aktienkapitals von 10 Millionen Kronen bewilligt. Daß zu alledem der Präsident der Bank, eben Herr Dr. Kubicek, von dieser Revision durch irgend eine ganz untergeordnete Person erfährt, zeigt noch, in welcher Weise das Amtsgeheimnis im Finanzministerium gewahrt wird. Nunmehr hat auch eine dritte große Bank liquidiert, nachdem sie ungeheure Verluste erlitten hat. Alle diese Vorgänge sind geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung, deren Wahrhaftigkeit und Objektivität auf das tiefste zu erschüttern, sodas die unbedingte Notwendigkeit besteht, dem Hause und der Bevölkerung die volle Wahrheit über den Stand der Dinge mitzuteilen.

Wir fragen daher den Herrn Finanzminister: Sind die vom Abg. Dr. Kubicek im Abgeordnetenhaus gemachten Mitteilungen wahr und wenn ja, wie vermag der Finanzminister das Vorgehen der früheren und der jetzigen Regierung zu rechtfertigen?

Zur Arbeitsruhe auf den Eisenbahnen am 1. Mai.

Der Aktionsausschuss der koalitierten Eisenbahnerorganisationen behandelte in seiner Sitzung vom 23. April die durch die für den 1. Mai l. J. auf den Eisenbahnen beschlossene Arbeitsruhe entstandene äußerliche Situation. Anknüpfung des über die Lage erstatteten Berichtes, wurde folgender Beschluß gefaßt:

Nachdem von den maßgebenden Kreisen eine genaue und verbindliche Erklärung, auf welche Art und Weise die Ursachen der Maimanifestation beseitigt werden sollen, nicht vorliegt und den Organisationen ein Verhandlungsgesuch überhaupt nicht zugekommen ist, wird über diesen Punkt zur Tagesordnung übergegangen.

Zur Veröfflichung der Richtlinien für die Manifestation im „Česko Slovo“ vom 22. April l. J., erklärt der Aktionsausschuss: Die im Aktionsausschuss der koalitierten Organisationen: „Verband der Eisenbahner“, „Únie žel. zaměstnanců“, „Federace strojvůdců“ und „Spolek čsl. úředníků železničích“, protestieren auf das Entschiedenste gegen den Mißbrauch der Organisationsnamen in der Publikation des „Česko Slovo“ vom 22. d. M. Sie wiederholen die ursprüngliche Erklärung der Vertreter der im Aktionsausschuss koalitierten Organisationen in der von der „Jednota“ einberufenen Sitzung, daß die im Aktionsausschuss koalitierten Organisationen jede gemeinschaftliche Kundgebung mit Nichtmitgliedern des Aktionsausschusses, besonders aber mit der kommunistischen „Mezinárodní federace železničáků“ ablehnen, ferner daß jede Organisation, bzw. der Aktionsausschuss als solcher die für diese Aktion in Betracht kommenden Verfügungen auf eigenen Namen und Verantwortung treffen wird.

Des weiteren wurden die technischen Richtlinien zur Maimanifestation auf den Eisenbahnen nochmals behandelt. Da zur Zeit Abänderungsanträge für die ausgearbeiteten Richtlinien nicht eingelaufen waren, wurden diese eben genehmigt.

Der Aktionsausschuss der koalitierten Eisenbahnerorganisationen.

Der Parteitag der Schweizer.

Teilnahme am Hamburger Kongress ohne Verpflichtung zum Beitritt.

Bern, 22. April. (Schw. Dep. Ag.) Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie beschloß, nach einem Referate Greulichs ohne Diskussion die beabsichtigte Ausdehnung der Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus zurückzuweisen. Nationalrat Grimm verteidigt den Standpunkt der Geschäftsleitung der schweizerischen Partei, über den Beitritt zu der zu gründenden Internationale erst nach den Beschlüssen des Hamburger Kongresses zu entscheiden. Nach einem Berichte des Nationalrates Graber wurde schließlich der Antrag des Parteivorstandes angenommen, in dem es heißt, daß sich die Partei mit der Beschickung des Hamburger Kongresses im allgemeinen einverstanden erklärt. Ueber die Frage eines allfälligen Beitrittes zu der in Hamburg zu schaffenden internationalen Organisation entscheidet der Parteitag. In der Schlussitzung des Parteitages wurden als Delegierte für den internationalen Sozialistenkongress in Hamburg die Nationalräte Grimm, Graber, Nicole und Reinhard sowie als Vertreter der Opposition Nationalrat Dr. Schmid und Frau Kunz ernannt.

Die Wahlen in Bulgarien.

Sofia, 23. April. (BZA.) Gestern fanden die Wahlen in die gesetzgebende Körperschaft statt. Sie nahmen im ganzen Lande einen ruhigen Verlauf. Ministerpräsident Stamboliski lehrte heute früh nach seinem siegreichen Wahltournee in der Provinz nach Sofia zurück. Die ersten Wahlergebnisse bringen einen entschiedenen Sieg der Regierung, die mehr als 200 von 246 Mandaten des neuen Abgeordnetenhauses erhielt. Der Block der Oppositionsparteien und der Kommunisten erfuhr eine Verringerung der Stimmenanzahl auch in der Hauptstadt. Der Regierungserfolg ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Organisation der Landwirte gegen den Block der übrigen Parteien kämpfen mußte.

Ein antirevisionistisches Kabinett in SHS

Belgrad, 22. April. Nach sechstägigen Konsultationen mit verschiedenen Parteiführern berate der König den bisherigen Ministerpräsidenten Pašić mit der Mission der Bildung eines antirevisionistischen Koalitions-Kabinettes. Pašić trat sogleich in Verhandlungen mit den Führern der Demokraten Davidović und man hofft nun in politischen Kreisen, daß es gelingen wird, den Widerstand der Radikalen gegen die Erneuerung der Koalition zu brechen, weil letztere die beste Lösung der Krise darstellt. Nachdem zwischen beiden Parteien keine prinzipiellen Gegensätze bestehen, hängt das Zustandekommen der Koalition nunmehr von der Verständigung beider Parteien über die Aufteilung der Ministerposten ab.

Der Kurssturz der Mark. Berlin, 23. April. (Eigenbericht.) Trotz der neuen Stützmaßnahmen, die angeblich im Gange sind, ist der Kurs der ausländischen Devisen wieder gestiegen. Der Dollar notierte 27,000, das englische Pfund 127,000, der Schweizer Frank 1987 und die tschechische Krone 817 (789).

Die Opfer von Wülheim.

Rhein, 23. April. (Wolff.) Wie die „Königliche Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, sind bei den Unruhen in Wülheim im ganzen acht Personen getötet, 28 verletzt und 45 verhaftet worden, gegen welche letztere das Verfahren wegen schweren Landesfriedensbruches eingeleitet werden wird.

Der Siegeszug der Labour party.

London, 23. April. (Sch. Pr. B.) Lord Virenhead schreibt in der „Sunday Times“, die konservative Partei stehe einem Debacle gegenüber, das größer sei als das 1906 erlittene. Es sei sicher, daß die Arbeiterpartei stärker werde. Nach der nächsten Wahl werde keine einzige Partei weder eine vereinigte Liberale noch eine vereinigte konservative, der Arbeiterpartei erfolgreich Widerstand leisten können. Virenhead unterwirft die bisherige Politik der Regierung einer scharfen Kritik und schreibt u. a., die jetzige Regierung habe die Franzosen verärgert, während sie zu gleicher Zeit die Deutschen ermutigt habe.

Tages-Neuigkeiten.

Internationale Angestelltenkundgebung. Dieser Tage findet in Prag die Vorstandssitzung des Internationalen Bundes der Privatangestellten statt, zugleich tagt der Vorstand der Fachgruppe der Techniker und der Bankbeamten. Bei dieser Gelegenheit findet eine gemeinsame Kundgebung aller freigeberischen Angestelltenverbände Mittwoch, 25. April 1923 um halb 8 Uhr abends in der Produktionsbörse statt, wo die Repräsentanten der Angestellteninternationale, die ausländischen Delegierten aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Oesterreich und einheimische Angestelltenvertreter über: „Internationale Solidarität gegen die internationale Reaktion“ referieren werden. Vor ihrer Internationale werden die Prager Angestellten aller Kategorien ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen die wachsende soziale und wirtschaftliche Reaktion, ihre internationale Solidarität bekunden. Rein organisierter Angestellter entziehe sich dieser Pflicht.

Unsere Toten.

Am Freitag vormittag ist der Genosse Frisch aus Falkenau, der beim Abbauen einer alten Strecke in einer Grube beschäftigt war, tödlich verunglückt. Beim Abbauen löste sich ein großes Stück Kohle von der Decke los und verschüttete den Unglücklichen, der einen Bruch der Wirbelsäule erlitt. Kurz nach Einlieferung in das Falkenauer Krankenhaus ist Genosse Frisch seiner schweren Verletzung erlegen. Genosse Frisch erreichte ein Alter von 63 Jahren und war durch 43 Jahre hindurch ununterbrochen als Bergarbeiter tätig. Als in den 90er Jahren die Bergarbeiter des Falkenauer Reviers eine Fachsektion gründeten, stand Genosse Frisch mit an der ersten Stelle. Seit dieser Zeit ist er unermüdet für die Gewerkschaft und auch für die sozialdemokratische Partei tätig gewesen. Mit seiner ganzen Kraft setzte er sich ferner für die Hebung der Genossenschaftsbewegung ein und hat trotz seines hohen Alters unermüdet Versammlungen abgehalten und für den Sozialismus geworben. Unter ungeheurer Teilnahme der Arbeiterschaft wurde Genosse Frisch am Sonntag zu Grabe getragen.

Der Bobensbacher Bahnpostskandal.

Auf die bezügliche Anfrage der Abgeordneten Genossen Schpeichardt, Cermak und Grünzner hat der Eisenbahnminister bereits geantwortet. Der Eisenbahnminister führt in seiner Antwort zunächst die Bauprojekte der Vorkriegszeit an, weist auf die mit der deutschen Bahnverwaltung geführten Verhandlungen hin und sagt dann: Nach Abschluß der Verhandlungen wird es sodann möglich sein, das tschechoslowakische Postamt im Eilgutsmagazin der deutschen Bahnen unterzubringen, wodurch ungefähr fünf Räumlichkeiten im Stationsgebäude frei werden, die teilweise zur Erweiterung der Wartehalle werden benützt werden. Durch die Verlegung der Postmanipulation aus dem gedeckten Bahnsteige in das jetzige Eilgutsmagazin der deutschen Bahnen wird auch die Personenfrequenz freigemacht. Für die Personenfrequenz wurde im vorigen Jahre ein direkter Durchgang vom Bahnsteige zu den Kassen und ein direkter Ausgang der Reisenden von den Duxer Pflügen errichtet, wodurch die Verhältnisse der Personenfrequenz wesentlich verbessert wurden. Die Transitfrequenz nach Deutschland ist lediglich vorübergehenden Charakters; in der letzten Zeit

Gebilde. Entpolitisierung der Sprachfrage. Der Staat hat kein Interesse daran, daß sich eine bestimmte politische Richtung durchsetzt.

An den Vortrag, der mit großem Beifall der zahlreich erschienenen Studenten aufgenommen wurde, schloß sich eine kurze Debatte, in der von deutschen sozialistischen Studenten insbesondere darauf hingewiesen wurde, daß man für die halbtägigen Exzesse an der Prager deutschen Universität nicht das deutsche Volk verantwortlich machen könne.

Literatur.

Das Arbeitsrecht in der tschechoslowakischen Republik. Genosse Dr. Viktor Haas hat einen Vortrag, den er auf dem Verbandstag des Internationalen Metallarbeiterverbandes hielt, zu einer kleinen Broschüre verarbeitet und damit, das sei vorweg gesagt, einem dringenden Bedürfnis der Arbeiterschaft Rechnung getragen.

einer ausführlichen Darstellung des geltenden Arbeitsrechtes. Er würde damit eine große Lücke ausfüllen.

Aus der Partei.

Die Delegation zum Hamburger Kongreß.

Die Kreisorganisationen werden aufgefordert, die Namen der Delegierten zum Hamburger Internationalen Kongreß bis spätestens Donnerstag, den 26. April an das Parteisekretariat in Prag II., Havlickeva náměstí 32 bekanntzugeben.

An die sozialistischen Frauen aller Länder!

Aus Anlaß des internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg findet auch eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Hamburg statt, an der teilzunehmen sich die Genossinnen folgender Länder bereit erklärt haben: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Jugoslawien, Österreich, Schweden, die Schweiz, die deutschen Genossinnen der Tschechoslowakei, Ungarn.

Die Konferenz wird am 20. Mai d. J., 10 Uhr vormittags, im Gewerkschaftshaus, Vohovindershof Nr. 37 (nächst dem Hauptbahnhof) zusammenzutreten.

1. Berichterstattung über die Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung in den einzelnen Ländern und die Erfolge der Frauen in den gewerkschaftlichen und verwaltenden Körperschaften.

2. Die Aufgaben der Frauen in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

3. Organisationsfragen. Dazu beantragten die Genossinnen aus Holland, Jugoslawien und Schweden, die Erziehung der Jugend zur Friedensgesinnung als eigenen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Annahmen für die Konferenz sowie alle sonstigen Mitteilungen bezüglich der Konferenz sind zu richten an: Adelheid Popp, Wien V., Reichen Wienzeile Nr. 97.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Dienstag und Donnerstag die neue Gilbert-Operette „Katja, die Tänzerin“, Mittwoch Gastspiel Bera Schwarz „Die tote Stadt“, Freitag Gastspiel Schwarz-Dastrog „Tosca“, Samstag Gastspiel Leopold Aramer „Der Widerspenstigen Zähmung“, Sonntag halb 3 Uhr: Urania-Klassiker-Vorstellung „Der Traum ein Leben“, Sonntag 5 Uhr: Gastspiel Ostwig „Meistersinger von Nürnberg“.

Kleine Bühne. Heute Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag, Sonntag nachmittags Gastspiel Morgan „Einakter“, Freitag Bankrottentwurfstellung Werfels „Schweiger“, Sonntag halb 8 Uhr: Gastspiel Pepi Glöckner „Die kleine Sänderin“.

Altbewährt ist Spaleks Czernosecker Weinstern Essig er ist und bleibt der beste. Weinessigfabrik Guido Spalek Sohn, Leitmeritz.

Modernst eingerichteter Gärungsprodukt. 886

Turnen und Sport.

Slavia gegen D.F.C. 2:1 (1:1).

20.000 Zuschauer. Hervorragende Leistung des D.F.C. Sonntag war der Slaviaplay das Ziel aller Fußballer von Prag. Ueber 20.000 Leute waren gekommen, um dem Verhöhnungsspiel der beiden Klubs beizuwohnen.

Ueber die Slavia braucht man nicht viel Worte verlieren. Gut waren Chaňa und Hlodr. Im übrigen spielten die Rot-Weißen ein so rohes Spiel, daß selbst tschechisches Publikum es des öfteren verurteilte.

Prager Sport. Sparta gegen Brävoice 6-0, Union Zizkow gegen Viktoria Zizkow 2-1, SK.

Libek gegen Cechie Karlin 3-0, Brüner SK gegen Sportbrüder 2-0. — Beim „Laufe quer durch Prag“ gewann die Sparta in der Rekordzeit von 9:12,2.

Provingsfußball. Brunn: Malkabi gegen Moravia 3:2, Zidenice gegen Smidow-Prag 5:1. — Preßburg: Rudolfsbügel Wien gegen Makabaa 5:1.

Ausländischer Fußball. Wien: Amateure gegen Wader 4:2, Rapid gegen WAC 2:0, WAF gegen Admira 1:0, Simmering gegen Sportklub 1:1, Sertha gegen Vienna 1:1, Dokoah gegen FK 1:1. — Schweiz gegen Frankreich 2:2 (gespielt in Paris). — Spanien: Espagnol gegen Rusefshy SK. Prag 4:2, Rusefshy gegen Valencia FC. 4:0. — Berlin: Städtekampf Berlin gegen Hamburg 3:3.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Moorbad Bohdaneč bei Pardubice

heilt mit Erfolg rheumatische, Frauen- u. Nervenleiden. Erstaussage Moor-, Vierkammer u. Kohlensäurebäder. Ausgedehnter Park. Waldige Umgebung. Modernes Baubau u. Kolonnade u. Zentralheizung. Bahnhst Pardubice, fünfmal tägl. Autobusverbindung. Tel.-Nr. 2. Volkspreise. Vorzügliche Verpflegung. Täglich Konzerte. Sommersaison vom 2. Mai bis 30. Septemb. Informationen erteilt umgehend die Badesekretion.

Der schönste Ausflug wird oft dadurch verborgen, daß sich bereits nach kurzem Gehen Müdigkeit, Schwindel und Fußschmerzen einstellen und dem Ausflügler den Frohsinn rauben. Ein unschlagbares vorbeugendes Mittel sind Palma-Kautschukabläße und Kautschuksohlen, welche den Gang elastisch und angenehm machen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.

Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

STEMPEL

F. CHMEL

Prag II., Neřazanka 18.

Die Volksbuchhandlung

Ernst Sattler, Karlsbad

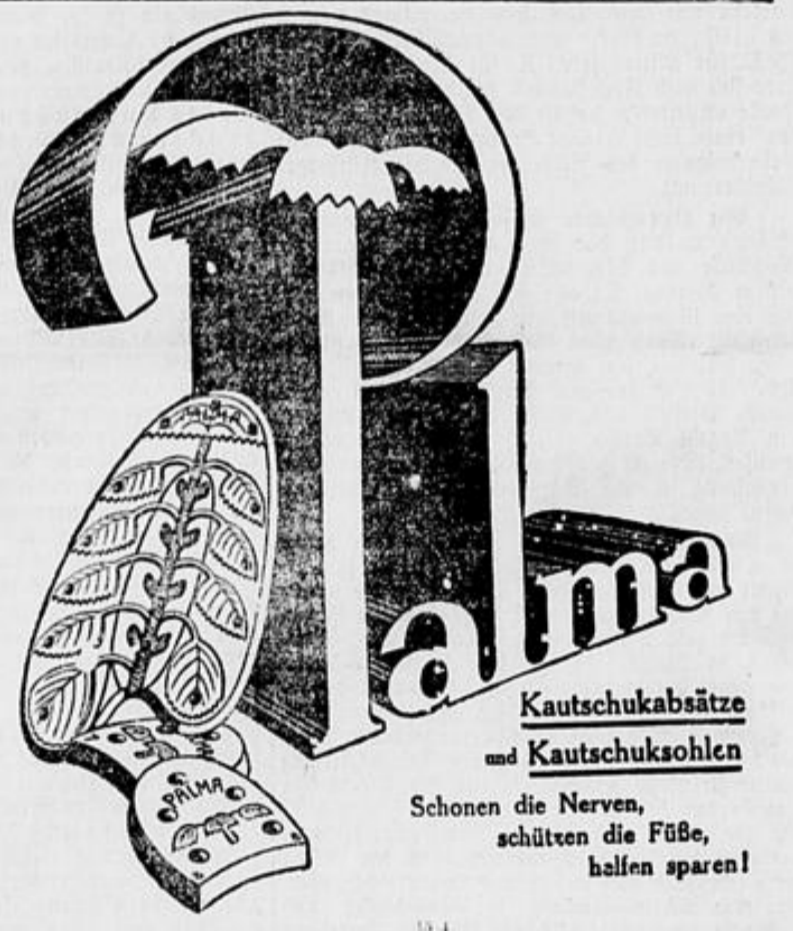
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

In einer Stunde

Das Weltall, Philosophie, Weltgeschichte, Kunsthistorie, Weltliteratur, Deutsche Literatur, Physik, Chemie

Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Smolter, Alabund, Lafac-Cohn u. a. — Jeder Band gebunden K 2.00. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Zahnan, Z. b. r. Heringasse 18.



Kautschukabsätze und Kautschuksohlen

Schonen die Nerven, schützen die Füße, halten sparen!

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (45)

Die Zeitung arbeitete unter Hochdruck. Ernst trat in den Kreis der Kollegen. „Endlich das Kind? ... Wann müssen Sie fort? ... Der Mobilmachungsbeschl wird wohl noch diese Nacht einlaufen ... Was hab' ich gleich gesagt? ... Diesmal kommt es zum Krach. Da hilft alles nichts. Jetzt haben wir den Weltkrieg!“

„Marxer traute das wirre Löwenbrot. Eine Hoffnung gibt es noch ... Unsere Genossen in Frankreich arbeiten bewundernswert gegen die Kriegsmacher ... Wenn einer, dann kann Faures das Schlimmste im letzten Augenblick verhindern ...“

Lebhafter Austausch der Meinungen hatte ein. Die Hoffnung war ja winzig klein, doch es war immer noch eine Hoffnung. Neue Meldungen kamen. Marxer wühlte den Stof durch, überflog die Blätter mit der Schnelligkeit des erprobten Zeitungsmenschen und beteiligte sich dabei noch lebhaft am Gespräch. „Blödsinn verzerrt ihm das Wort im Mund. Das Blatt in seiner Hand zitterte, krampfhaftes Zucken lief rund um den ergreifenden Bart.“

„Alles ist verloren! ... Faures ermordet! ... Im Cafe ... Ein Lumpenhund von Nationalist ...“

„Erstarrtes Schweigen ... Gelächert hingen die Köpfe an dem grauen Felsen mit der Nachricht ...“

ganz genau gewußt ... Jetzt ist es aus damit. Wir können jeden Augenblick die Nachricht vom Kriegszustand mit Frankreich haben ...“

„Entöngig klapperten die Schreibmaschinen, nicht anders als an jedem beliebigen Tag, und doch wurde Weltgeschichte, ungeheuerstes Völkerschicksal auf den Tasten zusammengesucht ...“

Die Straße tobte um ihn. Sie brüllte wie ein Tier, abgerissene Fetzen von Worten und Tönen flatterten wirbelnd in der Luft, patriotische Lieder ballten sich aller Ecken und Enden, die Menschen wälzten sich in Strömung und Gegenströmung durch den Abend, immer um die eine unsichtbare Klasse, die den Erdball jetzt trug. Krieg!

Wieder fühlte sich Ernst in den Strudel gezogen, der alles verschlang, was in seinen Bereich kam, und dieser Bereich war die ganze, weite, sommerlich heiße und schöne Welt ... Halb benutzlos trieb Ernst mit Tausenden dahin, war auf einmal in der Vorstadt geschwemmt, wo der Strudel seine letzten Kräfte zog, und kam mit wüß verworrenem Kopf heim ... Luifens Hand bebte leicht, als sie seinen Arm berührte. Ernst verstand dieses Beben und nickte nur. Sie schloffen sich still in die Arme und hielten jedes eine Hand „Frösches“, der sich zwischen Vater und Mutter drängte und die großen, unwissenden Augen voll aufschlag ...“

Die kleine Laube der Wirtschaft war gestopft voll Menschen. Arbeiter, kleine Beamte, Vorstadtlaute ... Das Gewühl der Stimmen ordnete sich, wenn nur das eine Wort „Krieg“ klang. Es klang die halbe Nacht. Ungeklärt, heiß brütete diese Nacht auf der Welt, brütete als furchtbar drohendes Schicksal über allen Men-

schen. Keiner, den dieses Schicksal nicht anging. Kräftige, blühende Männer tranken das schwarze, gelblich schäumende Bier, tranken es gierig und wie in der Angst, nicht genug davon zu erhalten. Es war ein Ertrassen gewohnter Genüsse mit beiden Armen, ein Hindrängen zum Leben in diesem Trinken, Rauchen und Reden ...“

Ernst sah im Kreis von Altersgenossen. Ihnen allen war gleiches Schicksal bestimmt. Wenige nur, die später als am finstern Tag antreten mußten. Er war lärmend aufgelegt, glühte von den Erregungen des Tages und sprach viel.

Die Ueberzeugung von der kurzen Kriegsdauer war allgemein. In sechs Wochen glaubten ganz rosenfarbige Gemüter wieder alles im Gleich. Nichts geht doch über die Hoffnung: sie nährt sich von jedem Lufteilin und stirbt erst mit dem Leben selbst. Eben war der Krieg erklärt, und schon wurde von seinem Ende mehr geredet als von seinem Anfang, der jetzt, in dieser heißen, hellen Nacht begann, drüben an der russischen Grenze, im stillen Vogesental, oder droben am Rhein bei Raehen. Mit dem Zwang zum Krieg wird auch gleich der Wille zum Frieden geboren. Wie spricht das doch für den Menschen und sein Gefühl!

Sonntag lebten die weißen Aufrufe an Säulen und Hauende ... Erster Mobilmachungsbeschl. Ernst vertiefte sich in den Inhalt des Beschl. Also Donnerstag, früh um sieben Uhr, lief seine Stunde ab. Im Gehen rechnete er die Stunden aus, maß jeder Stunde ihre Pflichten zu, und gelobte, sich ganz den beiden Menschen hinzugeben, denen er verpflichtet war. Stärker und tiefer vertieft, als er lange zugab.

Deutschland.

Schön, still und wolklos zogen die drei Tage fort. Ernst ordnete, was zu ordnen war, besprach mit Luise die Aussichten und wie sie das Leben einrichten wollte, und erkannte bei diesem Gespräch, daß sie sich innerlich entgegen gingen, jetzt, wo sie in wenigen Stunden voneinander scheiden mußten, wer weiß, auf immer ... Ein feiner Schmerz bohnte in dieser Erkenntnis. Noch zarter und gütiger zu sein, keinen Schatten auf die letzte Stunde fallen zu lassen, bemühte sich Ernst redlich und mit Erfolg.

Der Morgen kam. Mit der Sonne war Ernst aufgestanden, die wenigen Bedürfnisse waren gleich besorgt, und jetzt sah er durchs Fenster in den jungen, tauenden Tag. Ob sie noch schliefen? ... Auf den Fetzen schlief Ernst in das Zimmer. Luise hatte das Kind an der Brust. Sie sah frisch und rosig aus, die langen Wimpern warfen graue Schatten auf die Wangen ... Jetzt hob sie die Lider. Ein voller Blick traf Ernst, ein verträumter, abwesender Blick ohne Bewußtsein des Augenblicks, irahnd aus einer schöneren, friedevollen Welt. Dann froh langsam Erkenntnis in diesen Blick. Der Klang wich und ein Schleier breitete sich über das Auge, daß es sich trüb einzog, wie ein Glas, das man anhaucht. Gleich war aber der tapfere Ausdruck wieder geholt. Luise lächelte Ernst an, deutete auf das Kind, das notwendig an ihrer Seite schlief, und legte die Finger auf den Mund. Ein weicher, mit halben Lippen hingestrichelter Auf, ein fester Handgedruck ... Ernst schritt aus dem Zimmer, ohne sich noch einmal umzusehen ... (Schluß folgt.)